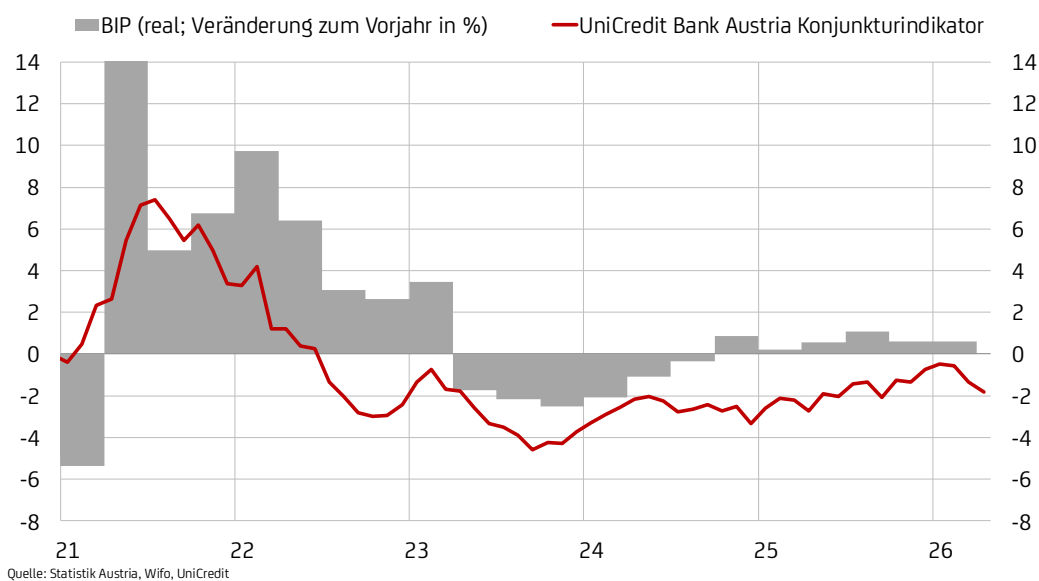


UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator

Nahostkonflikt bremst, doch Erholung sollte sich fortsetzen

- Weitere Stimmungsverschlechterung durch anhaltenden Nahostkonflikt ließ den UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator auf minus 1,8 Punkte sinken
- Deutlicher Einbruch der Konsumentenstimmung und der Stimmung im Dienstleistungsbereich und am Bau, doch Pessimismus in der Industrie ließ etwas nach
- BIP-Prognose von 0,8 Prozent für 2026 und 1,2 Prozent für 2027, doch steigende Risiken einer Konjunkturverlangsamung mit zunehmender Dauer des Nahostkonflikts
- Belastungen am Arbeitsmarkt nehmen zu: Arbeitslosenquote dürfte 2026 leicht auf 7,5 Prozent steigen
- Inflation wird Höhepunkt erst gegen Ende 2026 erreichen
- Leitzinsanhebung im Juni um 25 Basispunkte wird immer wahrscheinlicher

UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator Österreich



Mit Fortdauer des Nahostkonflikts hat sich die Konjunkturstimung in Österreich stärker eingetrübt. Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator sank im April auf minus 1,8 Punkte, den niedrigsten Wert seit einem halben Jahr“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer und ergänzt: „Nach dem leichten Anstieg des BIP zu Jahresbeginn gehen wir davon aus, dass die heimische Wirtschaft den Erholungskurs fortsetzen können wird. Die Stimmungsverschlechterung zu Beginn des zweiten Quartals spricht aber zumindest für die kommenden Monate für sehr verhaltene Wachstumsaussichten.“

Der Rückgang des UniCredit Bank Austria Konjunkturindikators um 0,5 Punkte gegenüber dem Vormonat war vor allem auf die Verschlechterung der Stimmung unter den österreichischen Konsumenten zurückzuführen. Angesichts der geopolitischen Unsicherheiten und der Inflationsbeschleunigung in Folge der bereits gestiegenen Treibstoffpreise und des damit drohenden Kaufkraftverlusts war die Zuversicht der Verbraucher so gering wie zuletzt vor zweieinhalb Jahren. Die Sorge um den Arbeitsplatz und die Befürchtung einer Verschlechterung der eigenen finanziellen Situation haben zugenommen, was zu mehr Zurückhaltung im Konsum führen könnte. Die Dienstleister haben in der Folge ihre Geschäftsaussichten bereits reduziert.

Geringere Nachfrageerwartungen und die generell gestiegenen Herausforderungen durch die veränderten Rahmenbedingungen belasteten im April vor allem die Stimmung im Transport- und Lagerwesen sowie im Gast- und Beherbergungsgewerbe und in den Reisebüros. Unter anderem aufgrund steigender Kosten verschlechterte sich auch die Stimmung am Bau, verursacht jedoch ausschließlich von der Hochbausparte. Im Tiefbau, wie auch in der heimischen Industrie, stiegen hingegen angesichts einer stabilen Nachfragesituation die Unternehmereinschätzungen leicht an. Dabei unterstützte eine Verbesserung des Exportumfelds durch die etwas günstigere globale Industriestimmung ausgehend von den Wachstumsmärkten in Asien.

„Während sich die Stimmung in der Industrie trotz des weiter schwelenden Nahostkonflikts leicht entspannt hat, verschlechterten sich im April die Aussichten am Bau und im Dienstleistungssektor, zumal das Konsumentenvertrauen erneut deutlich abnahm. Die Stimmung lag in allen Sektoren der heimischen Wirtschaft zu Beginn des zweiten Quartals 2026 im pessimistischen Bereich – noch weiter unter dem langjährigen Durchschnitt als im Vormonat. Zudem war in allen Wirtschaftssektoren in Österreich die Stimmung schlechter als im Euroraum. Besonders deutlich war erneut der Abstand in der Industrie, jedoch seit zwei Monaten mit sinkender Tendenz“, meint Bruckbauer.

Folgen des Nahostkonflikts jedenfalls bis in den Winter spürbar

Mit anhaltender Dauer des Nahostkonflikts wachsen die Herausforderungen für die österreichische Wirtschaft und die Folgen werden jedenfalls bis in den Winter spürbar bleiben. Selbst nach der Beendigung der Blockade der Straße von Hormus, die nicht vor dem Sommer wahrscheinlich scheint, werden sich die Lieferketten erst nach Monaten normalisieren. Erst allmählich wird es zu einer Entspannung der Rohstoffpreise kommen. Dabei werden die Preise jedoch Ende 2026 das Niveau von vor dem Konflikt noch übersteigen, zumal aufgrund einer anhaltenden Verunsicherung auch von generell höheren Frachtkosten auszugehen ist, eventuell auch zusätzlich verteuert durch eine Durchfahrtsgebühr an den Iran.

„Trotz der bereits spürbaren Folgen des Nahostkonflikts für die österreichische Wirtschaft gehen wir von einer Fortsetzung der eingesetzten Erholung aus, wenn auch das Tempo vor allem über den Sommer begrenzt bleiben wird. Wir erwarten für 2026 einen Anstieg des BIP um 0,8 Prozent, nur wenig höher als im Vorjahr. Die

gestiegene Inflation wird vor allem den Konsum belasten und die erwartete Entspannung am Arbeitsmarkt ins kommende Jahr verschieben. Erst für 2027 ist eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf 1,2 Prozent mit sinkender Arbeitslosenquote und geringerer Inflation in Sicht“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Entspannung am Arbeitsmarkt hat ausgesetzt

Die eingesetzte Konjunkturerholung hat seit der zweiten Jahreshälfte 2025 zu einer Stabilisierung der Lage am Arbeitsmarkt geführt. Im Jahresdurchschnitt 2025 betrug die Arbeitslosenquote 7,4 Prozent. Die Anzeichen einer Entspannung haben sich spätestens mit dem Beginn des Nahostkonflikts jedoch verflüchtigt. Im April stieg die saisonbereinigte Arbeitslosenquote auf 7,6 Prozent an, den höchsten Wert seit über vier Jahren.

Das geringe Erholungstempo reicht angesichts der hohen Unsicherheiten vorerst nicht für eine Trendwende aus, allerdings sollte der verlangsamte Anstieg des Arbeitskräfteangebots die Lage in den kommenden Monaten zumindest stabil halten. Eine allmähliche Verstärkung der Wirtschaftsdynamik infolge einer schrittweisen Normalisierung der Lieferketten und der Energiepreise spricht für eine Verbesserung der Arbeitslosenquote zumindest gegen Ende des Jahres.

„Nach dem Anstieg der Arbeitslosenquote von 7,0 auf durchschnittlich 7,4 Prozent im Jahr 2025 gehen wir für 2026 mittlerweile von einer Fortsetzung des Aufwärtstrends aus. Trotz der wirtschaftlichen Belastungen durch den Nahostkonflikt sollte sich der Anstieg jedoch deutlich verlangsamen. Wir erwarten einen Anstieg der Arbeitslosenquote 2026 auf 7,5 Prozent, jedoch mit bereits einsetzender Verbesserungstendenz im Jahresverlauf. Unterstützt durch demografische Effekte sollte 2027 die Arbeitslosenquote erstmals seit fünf Jahren wieder sinken, auf 7,4 Prozent im Jahresdurchschnitt“, erwartet Pudschedl.

Inflation wird in den kommenden Monaten noch weiter steigen

Nach niedrigen Werten zu Jahresbeginn hat die Inflation aufgrund des Anstiegs der Treibstoffpreise als Folge der Verteuerung von Rohöl im März und April deutlich auf Werte von knapp über drei Prozent im Jahresvergleich angezogen. Der Aufwärtsdruck auf die Preise wird in den kommenden Monaten trotz Verlängerung der Spritpreisbremse und des Absenkens der Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel ab 1. Juli stark bleiben. Die Öl- und Gaspreise führen nur einen breiteren Anstieg der Rohstoffpreise an. Geringere Transportkapazitäten und steigende Versicherungskosten sowie ein generell knappes Angebot bei geringen Lagerbeständen, aber hoher Nachfrage im Zuge der gestarteten Energiewende, führten zur Verteuerung einer ganzen Reihe von Industriemetallen wie z.B. Kupfer. Die hohen Energiekosten schlagen sich in der Produktion von Aluminium und Nickel besonders stark nieder, und auch die Produktionskosten chemischer Rohstoffe sowie von Düngemitteln und Batterien sind gestiegen. Erst in den kommenden Monaten werden diese Kosten schrittweise auf die Abgabepreise überwältigt werden und sich letztlich in der Inflation niederschlagen.

„Der Höhepunkt der Inflation infolge des Nahostkonflikts wird mit Werten von über 3,5 Prozent voraussichtlich erst gegen Jahresende 2026 erreicht werden. Dank der niedrigen Inflation zu Jahresbeginn erwarten wir für 2026 eine Teuerung im Jahresdurchschnitt von 3 Prozent. Für 2027 gehen wir aufgrund von zu erwartenden Zweitrundeneffekten nur von einer moderaten Verlangsamung der Teuerung auf durchschnittlich 2,6 Prozent aus“, so Pudschedl.

Zinsanhebungen der EZB erwartet

„Wir erwarten Zinsanhebungen der EZB im Juni und im September um insgesamt 50 Basispunkte, wobei wir hinsichtlich der Anhebung im Juni mittlerweile sehr sicher sind. Aus Sicht der EZB würden moderate Zinserhöhungen die Inflationserwartungen verankern und wesentliche Zweitrundeneffekte verhindern, während sie Schäden für die Konjunktur und die Beschäftigung begrenzen. Die Risiken sind jedoch nach unserer Einschätzung asymmetrisch verteilt. Die Wahrscheinlichkeit eines Szenarios mit stärkeren Maßnahmen der EZB ist angesichts der Entwicklung der geopolitischen Lage deutlich höher einzuschätzen als ein zurückhaltendes Szenario“, meint Bruckbauer abschließend.

Österreich Konjunkturprognose	Prognose								
	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	1,8	-6,3	4,9	5,3	-0,8	-0,7	0,6	0,8	1,2
Industrieproduktion (real, Vdg. z. Vorjahr)	0,0	-7,1	11,0	5,9	-1,7	-4,9	3,2	1,0	2,5
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	0,7	-7,6	4,9	5,4	-0,2	1,0	0,5	0,5	1,1
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) ^{*)}	4,3	-5,3	6,0	-0,3	-1,3	-4,1	1,7	0,5	1,7
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	1,5	1,4	2,8	8,6	7,8	2,9	3,6	3,0	2,6
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	7,4	9,9	8,0	6,3	6,4	7,0	7,4	7,5	7,4
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %) ^{**)}	1,6	-2,0	2,5	3,0	1,2	0,2	0,2	0,4	0,4
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP)	0,5	-8,2	-5,7	-3,4	-2,6	-4,6	-4,2	-3,9	-3,2
Öff. Verschuldung (in % des BIP)	71,0	83,2	82,4	78,1	77,8	80,0	81,5	82,4	82,5

^{*)} Bruttoanlageinvestitionen ^{**)} ohne Karentzgelddbeziehende, Präsenzdiener und Schulungen

Quelle: UniCredit

	BIP real (Veränderung zum Vorjahr)	UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator
Dez.98	3,3	3,2
Dez.99	4,5	4,4
Dez.00	2,9	3,9
Dez.01	0,0	0,4
Dez.02	0,8	1,8
Dez.03	2,4	2,7
Dez.04	2,6	2,8
Dez.05	2,7	2,9
Dez.06	3,5	3,9
Dez.07	2,9	2,9
Dez.08	-1,2	-2,0
Dez.09	-0,7	0,7
Dez.10	2,6	2,2
Dez.11	1,5	0,6
Dez.12	0,0	0,6
Dez.13	0,7	1,5
Dez.14	1,0	0,8
Dez.15	1,4	1,7
Dez.16	2,0	3,1
Dez.17	3,1	5,2
Dez.18	3,1	3,1
Dez.19	0,3	1,2
Dez.20	-4,9	-0,1
Mär.21	-5,3	2,3
Jun.21	14,3	7,1
Sep.21	5,0	5,5
Dez.21	6,8	3,4
Mär.22	9,8	1,2
Jun.22	6,4	0,2
Sep.22	3,1	-2,8
Dez.22	2,6	-2,4
Mär.23	3,5	-1,7
Jun.23	-1,7	-3,3
Sep.23	-2,2	-4,6
Dez.23	-2,5	-3,7
Mär.24	-2,1	-2,5
Jun.24	-1,1	-2,3
Sep.24	-0,3	-2,4
Dez.24	0,8	-3,3
Mär.25	0,2	-2,2
Jun.25	0,6	-2,0
Sep.25	1,1	-2,1
Dez.25	0,6	-0,8
Mär.26	0,6	-1,4
Apr.26		-1,8

Quelle: UniCredit

Rückfragen:

UniCredit Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Walter Pudschedl, Tel.: +43 (0) 5 05 05-41957;

E-Mail: walter.pudschedl@unicreditgroup.at